



Reden

25.10.2012

Thema: Gesetzentwurf Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es stimmt: Alle Jahre wieder, und es muss auch alle Jahre wieder gesagt werden. Mittlerweile ist von jeder Fraktion der Opposition ein Antrag eingereicht, ein Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt worden. Das wurde immer wieder auf Betreiben einer Fraktion abgelehnt. In diesem Zusammenhang muss ich den Herrn Kollegen Dr. Fischer lobend erwähnen, der unser Freiheitsinformationsgesetz positiv hervorgehoben hat, aber leider in der Koalitionsdisziplin gefangen ist. Meine Damen und Herren, die Mehrheit in diesem Haus wünscht sich ein solches Gesetz. Aber von der CSU wird es immer weiter verhindert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die Existenzberechtigung aller öffentlichen Gewalt ruht in der Verwirklichung des Gemeinwohls. Hier müssen wir fragen: Dient dieses Gesetz dem Gemeinwohl? Denn auf keinen Fall darf zugelassen werden, dass die Staatsgewalt dem Vorteil eines Einzelnen oder auch einer Gruppe dient. Sie hat vielmehr der Allgemeinheit und jedermann zu dienen. Wir wollen ja, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen, dass sie aktiv an unserer Demokratie teilnehmen, dass sie auch aktiv Verantwortung übernehmen. Aber Verantwortung kann ich nur übernehmen, wenn ich auch die nötigen Informationen habe, wenn ich das Wissen habe. Eine Politik des Vorenthaltens von Wissen, eine Politik des Herrschaftswissens entmündigt letztlich unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Das muss ein Ende haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Nur wenn ich weiß, worum es geht, kann ich auch mitentscheiden und die Entscheidungen mittragen. Das ist ein aktiver Beitrag zur Beseitigung von Politikverdrossenheit. Warum sind die Menschen politikverdrossen? Weil sie nicht wissen, auf welchen Grundlagen die Politik basiert, warum so entschieden wird, wie entschieden wird. Die Hintergründe werden nicht offengelegt. Deswegen: Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu. Meine Damen und Herren, es ist auch Aufgabe dieses Hauses und unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern, das staatliche Handeln zu kontrollieren. Das kann ich aber nur, wenn die Tatsachen transparent auf dem Tisch liegen, wenn sie durchschaubar sind und wenn man erkennen kann, worum es geht. Deswegen sehen wir einen positiven Ansatz in diesem Gesetzentwurf und begrüßen den weiteren Vorstoß der SPD. Allerdings muss ich auch sagen: Dies ist nicht nur ein Freiheitsinformationsgesetz, sondern auch ein Transparenzgesetz, das neue Aspekte mit einführt, wie zum Beispiel ein Informationsregister. Ich halte es für eine pfiffige und interessante Idee, dass man nicht erst aktiv nachfragen muss, sondern dass man Informationen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, von vornherein öffentlich macht, sodass sie zugänglich sind. Mittlerweile gibt es Erfahrungen mit einem solchen Gesetz. In Hamburg ist eines im Oktober in Kraft getreten. Man müsste zunächst schauen, welche Erfahrungen dort gemacht werden. Leider wurde von der CSU ein Argument nicht genannt, das ich vielleicht hätte gelten lassen: Möglicherweise bedeutet das einen bürokratischen Mehraufwand.

(Petra Guttenberger (CSU): Ich habe gesagt: Es ist hoch bürokratisch!)

Denn man muss natürlich schauen, was alles in dieses Register eingestellt werden kann. Damit ist ein gewisser Aufwand verbunden, aber ich denke, dass sich dieser Aufwand unterm Strich lohnt. Zum Schluss noch eines, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Geben Sie sich einen Ruck. Ansonsten könnte man schon den Eindruck haben, dass man freie Information im Grunde nicht will. Gerade wenn man den jüngsten Umgang mit dem ZDF sieht, kommt es einem so vor, als wolle man die freien Informationen aktiv unterdrücken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)